

Erscheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Verständnisstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 8

Montag, den 12. Januar 1931

Jahrgang 103

## Die Schlichtung des Konflikts an der Ruhr

### Der auf Grund der Notverordnung gefällte Schiedsspruch abgelehnt — Gründung eines kommunistischen Bergarbeiterverbandes

El. Essen, 12. Jan. Da auch in den Schlichtungsverhandlungen am Samstag eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, fällt das Dreimännerkollegium auf Grund der Notverordnung einen Schiedsspruch, der einen sechsprozentigen Lohnabbau für den Ruhrbergbau vorseht. Die Arbeitgebervertreter erklärten sofort die Ablehnung des Spruches, während die Gewerkschaften ihren Beschluß verrieten.

Die Funktionäre der vier tarifbeteiligten Bergarbeiterverbände nahmen am Sonntag in stark besuchten Versammlungen zu dem Schiedsspruch Stellung. Uebereinstimmend kamen die Versammlungen zu einer Ablehnung des Schiedsspruches. Die Verbindlichkeitsklärung des Spruches ist für heute zu erwarten.

In der Revierkonferenz des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiterverbandes in Bochum gab das Vorstandsmitglied Martmüller einen Überblick über die Verhandlungen und betonte, daß er auf Grund der eingehenden Prüfungen des Bergbauindustriearbeiterverbandes heute noch auf dem Standpunkt stehe, daß ein Lohnabbau keine wirtschaftliche Notwendigkeit sei und als Mittel zur Milderung der Wirtschaftskrise grundsätzlich von den Gewerkschaften für falsch gehalten werde. Die Regierung werde allerdings trotz der Einwendungen der Bergarbeiter den Schiedsspruch zweifellos von Amts wegen für verbindlich erklären.

Zur weiteren Haltung der Bergarbeiterführung führte Martmüller aus, daß die jetzige Krisenzeit keinen günstigen Boden für einen erfolgreichen Kampf biete. Bedenklich sei es außerdem, gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch anzukämpfen. Nach wie vor lehnen die Bergarbeiterverbände die wilde politische Streikparole der Kommunisten ab, so berechtigt auch die Erbitterung der Bergarbeiter über den Lohnabbau sei. Die Bergarbeiterführung müsse vor allem beachten, daß sie in wenigen Monaten bereits wieder mit neuen und schwerwiegenden Tarifkonflikten zu rechnen habe. In der Aussprache wurde betont, daß sich die Bergarbeitervertreter nur deshalb für die kampflöse Beilegung des Lohnstreites entschlossen, weil die Hoffnung besteht, daß der Zeitpunkt zum Vorschlagen recht bald günstiger als jetzt sein wird.

Die a.o. Generalversammlung des Gewerkvereins kritisierte Bergarbeiter, die in Essen tagte, lehnte ebenfalls in einer Entschließung einstimmig den Ruhrschieds-

spruch als ungerecht und unverständlich ab. Von 883 000 Ruhrbergleuten seien 1930 fast 100 000 entlassen worden und über 9,5 Millionen Feiertage infolge Abschmangels eingelegt worden. Obwohl die Bergarbeiter noch die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise durch Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 1,75 Prozent ihres Lohnes und durch neue Steuern mittragen müssen, verlange man von ihnen noch den gleichen Lohnabbau wie bei den Beamten und Pensionären mit hohem Einkommen. Die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues sei bedeutend besser, als sie vom Bechenverband dargestellt werde. Um für die Zukunft Klarheit über die Lage des Bergbaues zu schaffen, wird die Einführung einer unparteiischen Prüfung zur ständigen Prüfung der Rentabilität des Bergbaues, wie sie in England bestehe, gefordert.

#### Gründung eines kommunistischen Bergarbeiterverbandes.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, RGD, hatte im Namen der zentralen Streikleitung eine Zusammenkunft der Schlichtungsbeauftragten in Duisburg angeordnet. Der Verlierer der Virkenhauer richtete über die kommunistische Teilautonombewegung auf den Zechen des Ruhrbergbaues und bezeichnete den Streik als eine Generalprobe für die beginnenden Kämpfe und den neu gegründeten kommunistischen Bergarbeiterverband als den Wachposten der Sowjetunion in Deutschland.

Der Führer der kommunistischen Streikbewegung, Saefkow, erklärte u. a.: Wenn man glaube, daß der Schiedsspruch eine zweite Streikwelle ausschließe, so habe man sich getäuscht. Saefkow kündigte eine Streikbewegung an. Als Aufgaben des neuen Verbandes bezeichnete er: Zerstörung der Gewerkschaften, Einführung der Lebensstundensicht im Bergbau, Einweisung der Erwerbslosen in den Arbeitsgang und Wiedereinstellung der Gemahregestellten. Es handle sich um einen politischen Kampf und man werde dem „Polizeiterror“ mit allen Mitteln zu begegnen wissen. Frauen und Kinder werde man vor die Zehentore stellen und die Erwerbslosen als Streikposten verwenden. Der Redner kündigte schon für Montag eine „neue Epoche des Klassenkampfes“, den „Volkskampf gegen den Faschismus“ an. Schließlich wurde der Gründungsbeschluß zur Bildung des neuen kommunistischen Bergarbeiterverbandes verlesen, der den Namen „Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands“ führen und seinen Sitz in Essen haben soll.

## Deutscher Einspruch in Warschau

### Der deutsche Gesandte in Polen protestiert gegen die Grenzverletzung in Oppeln

El. Berlin, 12. Jan. Die Ueberfliegung des Oppelner Gebiets durch polnische Militärflieger hat in Berliner Regierungskreisen äußerstes Bestremden hervorgerufen. Im günstigsten Falle, so erklärt man, könne vielleicht ein Versehen der Flieger in Frage kommen. Auf jeden Fall aber müsse es merkwürdig berühren, daß diese neue Grenzverletzung gerade zu der Zeit geschehen sei, wo der Reichskanzler sich in Oberschlesien aufhalte. Deutschland habe außer Polen noch andere Nachbarstaaten. Bei keinem von diesen sei aber eine derartig große Anzahl von Grenzverletzungen durch Flieger zu verzeichnen wie bei Polen.

Die deutsche Gesandtschaft in Warschau ist am Samstag angewiesen worden, wegen der Vorkommnisse vom Freitag und im Zusammenhang mit den früheren Ueberfliegungen scharfen Protest einzulegen. Die polnische Regierung wird weitere Erklärungen nach Abschluß der noch im Gange befindlichen Untersuchung übermittelt erhalten.

An der Ungeheuerlichkeit der erneuten Grenzverletzung wird auch nichts durch die Tatsache geändert, daß die Flieger, soweit auf Grund der bisherigen Ergebnisse bekannt ist, weder Funkgeräte noch photographische Apparate an Bord hatten. Ob über die Protokolle in Warschau hinaus noch weitere Maßnahmen zur Verhinderung von Grenzverletzungen von deutscher Seite ergriffen werden, ist an zuständiger Stelle noch nicht bekannt. Eine derartige Möglichkeit ist aber früher einmal angedeutet worden.

#### Die Vernehmung der polnischen Flieger.

Die Vernehmung der beiden bei Oppeln gelandeten polnischen Piloten ist abgeschlossen. Die Piloten befinden sich noch im Polizeigewahrsam. Die Flugszeuge werden bewacht. Die Entscheidung darüber, ob sie freigegeben werden, liegt beim Reichswaffenministerium. Einer der Piloten, ein Feldwebel, der deutsch sprach, gab an, Hugo Wolf zu heißen, im Jahre 1898 im Kreise Deutchen geboren zu sein und früher in der deutschen Armee gedient zu haben. Er hatte angeblich den

Auftrag erhalten, als Führerpilot drei Maschinen von Krakau nach Graudenz zu führen. Nach seinen Angaben haben sich die Maschinen bei dem angeblich schlechten Wetter verloren. Alle seine Angaben erscheinen so unwahrscheinlich, daß von einem unbeabsichtigten Verfliegen wohl nicht die Rede sein kann. Es ist auch auffallend, daß gerade ein in Oberschlesien geborener Pilot als Führer dieses Fluges bestimmt wurde.

Zu der Landung des 3. entkommenen Flugzeuges wird bekannt, daß dieses in der Nähe des Dorfes Grösch im Kreis Rosenberg, ungefähr 100 Meter von der polnischen Grenze entfernt, niedergegangen sei. Der Pilot sei in das nächste Dorf gegangen und habe sich dort erkundigt, wo er sich befinde. Ohne vom Gemeindevorsteher gehindert worden zu sein, sei er unmittelbar darauf wieder gestartet und nach einigen 100 Meter Fluges auf polnischem Boden gelandet.

## Zaleski über die deutsch-polnischen Beziehungen

### Verbrechungskünste des polnischen Außenministers.

El. Warschau, 12. Jan. Außenminister Zaleski gab am Samstag im Sejmanschuß für auswärtige Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über die allgemeine internationale Lage und die polnische Außenpolitik. Im Mittelpunkt dieses Berichtes stand die Erklärung und Befürwortung der vor zwei Tagen dem Sejm zur Annahme vorgelegten Verträge, die die Regierung mit einer Reihe von Staaten abgeschlossen hat. Hierbei hob der Minister besonders 14 Handelsverträge hervor, die ihrer Wichtigkeit halber eine schnelle Erlebung verdienen. Es sind dies die Handelsverträge mit Frankreich, Deutschland, China, Portugal, Griechenland, Belgien, Spanien und anderen Staaten.

Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages erklärte Zaleski, obwohl durch gewisse Verfügungen

## Tages-Spiegel

Die Bemühungen der Reichsregierung, den Lohnkonflikt im Ruhrbergbau beizulegen, sind mißglückt. Sowohl die Arbeitgeber wie die Gewerkschaften lehnten den auf Grund der Notverordnung gefällten Schiedsspruch einstimmig ab. Die revolutionäre Opposition gründete einen neuen Kampfverband.

In dieser Woche beginnt in Berlin wieder die parlamentarische Arbeit. Das Kabinett berät Arbeitsdienstpflicht, Dietrichs Pläne zur Lohnhilfe und Genfer Tagung. Die Ausschüsse beginnen ihre Arbeit.

Das Auswärtige Amt hat durch den deutschen Gesandten in Warschau Einspruch gegen die Grenzverletzung durch polnische Flugszeuge in Oppeln erhoben lassen.

Zaleski hielt im Sejm eine Rede über die deutsch-polnischen Beziehungen, in der er Deutschland vorwarf, daß es in der Minderheitenfrage hehe.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, ist von Ministerpräsident Sieeg zu einer Unterredung empfangen worden.

der Reichsregierung die ursprüngliche Grundlage des Vertrages geschmälert worden sei, lege die polnische Regierung den Vertrag dem Sejm doch zur Ratifizierung vor, da sie Wert darauf lege, die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten herbeizuführen. Trotz gewisser Stimmen, die in dem deutsch-polnischen Volkskrieg eine Förderung der wirtschaftlichen Genügsamkeit Polens erblickten, sei die Regierung der Meinung, daß sich unnormale Verhältnisse zwischen den Nachbarstaaten doch nur zum Schaden beider Teile auswirken müßten. Weiter legte er Wert darauf, daß einige kleinere aber wirtschaftlich nicht minder bedeutame Abkommen vom Sejm in möglichst kurzer Zeit verabschiedet werden, so die deutsch-polnischen Grenzabkommen, die den reibungslosen Transitverkehr durch Pomerellen ermöglichen sollten.

Zum Minderheitenproblem erklärte der Minister, Polen werde sich jedem Versuch energisch widersetzen, die Rechte der Minderheiten für anderweitige Zwecke und staatsfeindliche Aktionen auszunutzen. Deutschland sei es, das diese Frage von der sachlichen Verhandlungsgrundlage auf das Gebiet einer allgemeinen politischen Aussprache übertragen möchte. (!) Er zweifle daran, daß solche Versuche den Minderheiten dienlich sein könnten. Polen lege gegenüber der antipolnischen Aktion Deutschlands viel Geduld und kaltes Blut an den Tag. (!) Doch dürfe man nicht vergessen, daß wenn einerseits gehetzt werde, man von der anderen Seite keine Liebe fordern könne.

## Fristenverlängerung in der Krisenfürsorge

El. Berlin, 12. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die sich am 8. November 1930 in der Krisenfürsorge befanden, die frühere Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt sind die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgesehenen Auslaufrufen verschoben worden.

## Die amerikanischen Ozeanflieger verschollen

El. Newyork, 12. Jan. Ueber den Verbleib des Kapitäns William MacLaren und Frau Baryl Hart, die am Samstag um 17.50 Uhr MEZ. in Hamilton auf den Bermudas-Inseln zum Fluge nach den Azoren aufgestiegen sind, liegen bis Sonntag 22 Uhr MEZ. keinerlei Nachrichten vor. Das Eintreffen des radiolosen Flugzeuges in Ponta (Azoren) wurde spätestens um 12 Uhr MEZ. erwartet. Die Befürchtungen, daß dem Flugzeug ein Unglück zugefallen ist, sind um so ernster, als die Wetterverhältnisse überall ungünstig sind. Die Flieger wollten bekanntlich einen Etappenflug nach Paris durchführen.

## Erdrutschkatastrophe in Amerika

El. Berlin, 12. Jan. Nach einer Meldung aus Quayaquil wurde auf einer etwa 115 Kilometer von Quayaquil (Ecuador) entfernten Station eine Arbeiterkolonne durch einen Erdrutsch verschüttet, wobei 170 Personen den Tod fanden. Mehr als zwei Kilometer der Bahnstrecke sind von Gesteins- und Erdmassen bedeckt.

Nähe bei Livermore, etwa 80 Kilometer östlich von San Francisco in Kalifornien, sind bei dem Bau eines Tunnels durch einen Erdrutsch 20 Arbeiter verschüttet worden. Der Tunnel sollte in 700 Meter Tiefe angelegt werden. Die Hilfsarbeiten sind im Gange, jedoch besteht wenig Hoffnung auf Rettung der Verschütteten.

## Der Widersinn der Weichselgrenze

Ein Franzose über die Zustände an der deutsch-polnischen Grenze.

II. Paris, 11. Jan. Jacques Kayser, der im Auftrage der radikalsozialistischen „Republique“ eine Rundreise durch Deutschland gemacht hat, berichtet jetzt über seine Eindrücke in Ostpreußen, insbesondere an der deutsch-polnischen Grenze. Er schreibt u. a.:

Der Korridor, der Ostpreußen vom übrigen Deutschland trenne, sei eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes. Die polnische Grenze, die sich in 20 Meter Entfernung an der Weichsel entlang ziehe, habe das Leben der dort wohnenden deutschen Bevölkerung in ihren Grundlagen erschüttert. Der Damm, den die Deutschen errichtet hätten, um den jährlichen Ueberschwemmungen des Flusses Einhalt zu gebieten, sei an fünf Stellen von der Grenze durchschnitten. Damit jedoch nicht genug, habe man z. B. Gransze und Bischofswerder von ihren Bahnhöfen getrennt und mit einem Schlage das ganze Wirtschaftsleben erschüttert. Bischofswerder, vor 15 Jahren noch eine blühende Stadt, liege heute in Agonie. Kayser berichtet sodann über die Zerstörung der Münsterwalder Weichselbrücke durch die Polen. Der Zugang zum Korridor, den man Deutschland versprochen und ihm bei Kurzebrake gegeben habe, sei illusorisch, denn der Uebergang sei nur denjenigen gestattet, die mit allen notwendigen Papieren ausgerüstet seien und auch nur zu bestimmten Tagesstunden.

Die Schlussfolgerung, die Kayser aus seinen Beobachtungen zieht, geht dahin, daß man die „blutende Grenze“ durch eine gerechtere Grenzlinie erlebten müsse, wenn man sich nicht sogar der Auffassung anschließen wolle, daß die Frage der Grenzregelung weniger wichtig sei, da doch das ganze Problem des Korridors endlich einmal gelöst werden müsse.

## Griechenland und die Revisionsfrage

II. Rom, 11. Jan. Venizelos hat sich vor seiner Abreise aus Rom in einer Erklärung an die italienische Presse mit der Frage der griechisch-bulgarischen Verständigung beschäftigt. Griechenland sei bereit, den Hafen von Debeagatis Bulgarien zur Benutzung zur Verfügung zu stellen, da Griechenland auch nicht den kleinsten Teil seines Gebietes abtreten könne. Griechenland würde es jedoch lieber sehen, wenn Bulgarien einen Zugang zum Meere über Saloniki annehme, da so die großen Kosten für den Ausbau von Debeagatis zum Handelshafen vermieden würden.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Temps“ erklärte Venizelos, daß Griechenland keiner Gruppe von Mächten beizutreten gedenke. Griechenland wolle mit Italien auf bestem Fuß stehen, da es viel unabhängiger sei, wenn es nicht das Bedürfnis habe, zu oft die französische oder englische Hilfe gegen Italien in Anspruch zu nehmen. Die griechisch-bulgarischen Verhandlungen würden sicherlich zu einem für beide Teile günstigen Ergebnis führen. In der Revisionsfrage wiederholte Venizelos seine Auffassung, daß die Verträge nicht endgültig seien. Im Völkerbundsvertrag sei die Revisionsfrage geregelt. Wenn man sie jetzt aufrolle, so werde dadurch die Krise durch Hinzufügung verwickelter politischer Fragen noch verschärft.

## Kleine politische Nachrichten

Die neue Danziger Regierung gewählt. Der Danziger Volkstag wählte eine neue Rechtsregierung, die nach der abgeänderten Verfassung aus 6 befohlenden und 6 unbefohlenen Senatoren besteht. Zum Senatspräsidenten wurde an Stelle von Dr. Sahn Dr. Biehm (Dnt.) mit 43 Stimmen der Koalitionsparteien (Deutschnationale, Zentrum, Block der Nationalen Sammlung) und der Nationalsozialisten gewählt. Die Kommunisten, Sozialdemokraten und Polen enthielten sich der Stimme.

Der Tonfilm „1914“ von der Zensur zugelassen. Im preussischen Ministerium des Innern fand die erneute Prüfung des Richard-Oswald-Tonfilms „1914“ statt. Nachdem einige Stellen im Film abgeändert worden sind und der Kriegsschuldvorleser Dr. Fischer einen Vortrag gehalten hatte, zog das Auswärtige Amt seinen Einspruch zurück. Darauf wurde der Tonfilm „1914“ von der Filmprüfstelle unbeanstandet zur Vorführung auch für Jugendliche zugelassen.

Neuorganisation der spanischen Fliegertruppe. Durch eine königliche Verordnung wurde die Neuorganisation der spanischen Fliegertruppe verfügt. Nach dieser Verordnung fallen die bisherige Selbständigkeit der Truppe, insbesondere ihre eigene Uniform und die eigenen Rangabzeichen fort. Die Verordnung bringt eine Neuerteilung der Truppe in vier Fliegerbataillone, von denen je eines in Getafe, Sevilla, Leon und Trian stationiert wird.

11 Millionen Einwohner in Rußland. Wie der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Moletoy, in der Sitzung des Zentralvollzugsausschusses mitteilte, stellt sich die gegenwärtige Bevölkerungszahl Sowjetrußlands auf 161 Millionen gegenüber 150,5 Millionen im Jahre 1925. Die jährliche Zunahme beträgt 3,5 Millionen.

## Die Krisis der Selbstverwaltung

Einer in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ veröffentlichten Aufschrift über die Krisis der Selbstverwaltung ist folgendes zu entnehmen: Die Schwierigkeiten, die der Selbstverwaltung erwachsen sind, liegen nicht darin, daß die Gemeinden außerstande wären, sich selbst zu verwalten, oder daß es am guten Willen oder an der Fähigkeit dazu fehlt, denn die glänzenden Erfolge der Selbstverwaltung im letzten Jahrhundert beweisen direkt das Gegenteil. Der Grund für die verfahrenen Zustände ist vielmehr in der allgemeinen Not, die durch den verlorenen Krieg verursacht ist, und nicht zuletzt in der Beseitigung der finanziellen Bewegunglichkeit und in der fehlerhaften Verteilung der Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu suchen.

# Wirtschaftskrise auch in Frankreich

Zunehmende Arbeitslosigkeit, gleichwohl keine Senkung der Preise  
Die Folgen der Goldhamsterei

Während die allgemeine Wirtschaftskrise fast schon die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen hatte, gab es ein Volk, das gegen sie gefeit schien, wo Handel und Gewerbe blühten und man — was für ein Land mit gut entwickelter Industrie heute besonders viel besagen will — keine Arbeitslosen kannte, sondern im Gegenteil noch ausländische Hilfskräfte in großer Zahl heranzog: Frankreich. Seit geraumer Zeit indes deutete mancherlei darauf hin, daß auch hier nicht alles Gold war, was glänzte, und obgleich die kürzlich gestürzte Regierung Tardieu es mit bemerkenswertem Geschick verstand, die Verhältnisse im rosigen Licht erscheinen zu lassen, so kann man diese optimistische Auffassung heute beim besten Willen nicht länger aufrecht erhalten. Es besteht kein Zweifel mehr, daß die Weltkrise auch Frankreich erfasst hat.

Wie auch anderswo, tritt der wirtschaftliche Niedergang am deutlichsten in der Industrie in Erscheinung, und zwar in Form der Arbeitslosen. Deren Zahl — sie wird amtlich mit etwa 10 000 angegeben — ist z. B. scheinbar noch sehr niedrig; sie würde aber erheblich anders ausfallen, verstünde man nicht, durch allerlei Hilfsmittel den wahren Stand der Dinge zu verschleiern. Durch Feierschichten, Verkürzung der Arbeitszeit usw. vermeidet man die völlige Entlassung zahlreicher Arbeitnehmer. Wird jedoch die der Arbeiterklasse insgesamt auf diese Weise verloren gehende Lohnsumme entsprechend umgerechnet, so dürfte dies eine Ziffer ergeben, die etwa der von einer Million Arbeitslosen entspräche. Am schlimmsten betroffen sind die Metall- und Textilindustrie, aber Entlassungen oder Kurzarbeit sind auch in der Grubenindustrie und im Baugewerbe an der Tagesordnung.

Eigentümlicherweise ergeben dabei — im Gegensatz zu anderen Ländern — die Preisverhältnisse eine für den Franzosen höchst unerfreuliche Bild. Während noch 1928 der Großhandelsindex der im Lande erzeugten Fabrikate zu dem der eingeführten sich wie 619 zu 650 verhielt, hat sich das Bild heute völlig verschoben: 563 zu 995! Vor allem ist jedoch, besonders im Vergleich zu anderen Ländern, das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen und in Verbindung damit der Lebenshaltungsindex außerordentlich verschlechtert.

Hand in Hand damit geht eine dauernd sich steigende Verschlechterung der Handelsbilanz, die, vor 2 Jahren noch stark aktiv, für das letzte Jahr aber mit über 8 Milliarden Franken, fast 1,4 Milliarden Mark, passiv geworden ist. Der Einfuhrüberschuß dürfte in Zukunft noch um so mehr zunehmen, je mehr im Auslande die Lebenshaltungskosten sinken, die Löhne und damit die Herstellungskosten fallen und die betreffenden Länder wettbewerbsfähiger werden. Wie es heißt, haben sich die jüngsten Kabinettsitzungen der neuen Regierung Steeg bereits mit der Frage beschäftigt, ob man nicht durch entsprechende Zollerhöhungen dem Uebel steuern soll, was natürlich der erhofften Senkung der Lebenshaltungskosten geradezu entgegenarbeiten müßte. Und eine Erhöhung der Zollmauern würde sich zudem in einem Lande, das die Welt vor nicht allzu langer Zeit mit dem Paneuropaplan bedacht hat, über den Mitte Januar ein

Sonderausschuß des Völkerbundes in Genf seine Beratungen beginnt, besonders eigenartig ausnehmen. Es kann daher nicht überraschen, daß einflußreiche Kreise sich gegen eine derartige Politik wenden und vielmehr das Uebel an seiner wahren Wurzel zu packen empfehlen, nämlich durch Bekämpfung des Zwischenhandels, der hier wie anderswo zu ganz ungerechtfertigten Preiserhöhungen führt, oder aber durch eine den Verhältnissen besser angepasste Goldpolitik.

Damit kommen wir zu einem Punkte, dem viele nicht nur einen wesentlichen Teil der Schuld an der Verschärfung der Weltkrise beimessen, sondern der auch für die unerfreuliche Höhe der Lebenshaltungskosten in Frankreich verantwortlich zu machen ist: der s. B. von Poincaré eingeführten und von seinen Nachfolgern fortgesetzten Goldhamsterei. Diese hat ganz unerwartete Folgen gezeitigt. Seit der Stabilisierung des Franken und der Wiedereinführung der Goldwährung ist nämlich die Bank von Frankreich gesetzlich verpflichtet, nicht nur alles auf dem inneren Markt erscheinende Gold anzukaufen, sondern auch für jeden erworbenen Barren einen entsprechenden Betrag Noten auszugeben. Mit der Folge, daß bei einem Goldbestand von 52 Milliarden Franken der Notenumlauf heute über 75 Milliarden beträgt. Die so entstandene Inflation wäre noch bedeutend schlimmer, hätte die Bank die ihr zustehende Möglichkeit der Notenausgabe voll ausgenutzt. Denn da die gesetzlich vorgeschriebene Deckung des Notenumlaufs 35 Prozent beträgt, stände nichts im Wege, wenn sie für den doppelten Betrag des jetzt umlaufenden Papiergeldes Noten in den Verkehr brächte.

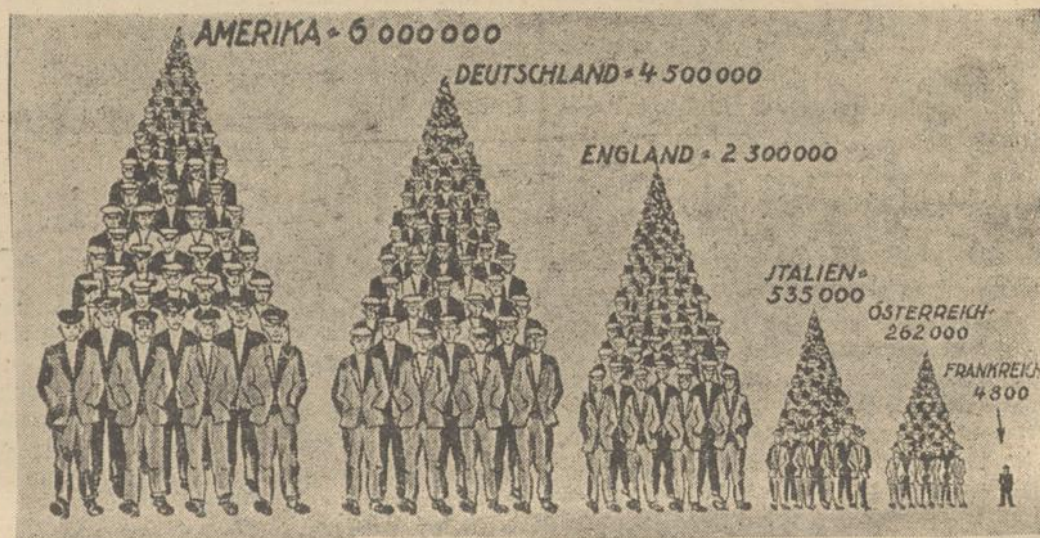
Natürlich läßt sich eine Inflation, die auf so hohem Goldbestand beruht, nicht mit einer solchen vergleichen, die auf einen Mangel an Edelmetall zurückzuführen ist. Jeder Franzose weiß, daß die Goldbestände seiner Zentralbank im Falle internationaler Verwicklungen von unschätzbarem Werte sein können, und er trägt, wenn auch seufzend, die daraus sich ergebenden hohen Preise.

Da angesichts dieser Lage eine Milderung der Krise von der Goldseite kaum möglich sein dürfte, scheint man gewillt, ihr auf einem anderen Wege beizukommen, der sich allein für Frankreich eignet, aber auch nur teilweisen Erfolg verspricht. Man will, um der Arbeitslosigkeit der Einheimischen zu steuern, zu Massenentlassungen von ausländischen Arbeitern schreiten. Die 1,7 Millionen Fremder erscheinen vielen Franzosen schon längst als unerwünschte Gäste, die man, zumal unter den heutigen Verhältnissen, je eher je lieber in ihre Heimatländer abstellen möchte. Schon hat sich die Industrie- und Handelskammer in Lyon in diesem Sinne ausgesprochen, und die Fälle mehren sich, wo sich die Ausländer beschweren, daß bei Arbeiterentlassungen sie allein „berücksichtigt“ werden. Das die bestehenden Verträge einem derartigen Vorgehen entgegenstehen, wird dabei gestillschweigend übersehen. Hier liegt ein Problem, das der Regierung in ihren Beziehungen zu ihren östlichen Freunden, den Polen und Tschechen, die einen ansichslagegebenden Teil der fremden Arbeiter stellen, noch mancherlei Schwierigkeiten machen dürfte.

## Die Arbeitslosigkeit bei uns und den anderen

In der zweiten Dezemberhälfte hat sich die Zahl der Arbeitslosen u. a. weitere 2 000 ver. erhöht. Die Gesamtzahl be-

trägt nunmehr 4,5 Millionen, ein Stand, der alles weit in den Schatten stellt, was bisher überhaupt zu verzeichnen war



Unsere große Darstellung gewährt einen Überblick über die Weltarbeitslosigkeit. Die Spitze halten bemerkenswerterweise die Vereinigten Staaten mit etwa 6 Millionen. Deutschland ist ihnen beträchtlich nachgerückt. Das einzige

Land, das von der Weltwirtschaftskrise bisher so gut wie verschont wurde, ist Frankreich, das mit 480 000 Arbeitslosen dieses Problem erst kennen zu lernen beginnt.

## Bermischtes

### Menschenkörper und Propeller.

Eine aufsehenerregende Beziehung zwischen dem Bau des menschlichen Körpers und einem Propeller hat der ehemalige Oberarzt am Magdeburger Krankenhaus, Dr. August Weinert gemacht. Er fand heraus, daß alle Teile des menschlichen Körpers nach dem gleichen Prinzip gebaut sind, wie ein Propeller, daß sie „verwirrungen“ sind. Diese Entdeckung hat für alle Gebiete der Anatomie und der Medizin, ja für alle Gebiete des menschlichen Lebens überhaupt eine Bedeutung, die sich heute noch gar nicht übersehen läßt.

### Hornissen töten fünf Personen.

Ein Schwarm von Hornissen überfiel eine Farm im brasilianischen Staate Rio Grande do Sul und griff die Bewohner an. Der Farmer wurde schwer verletzt, während seine Frau und seine vier Kinder getötet wurden.



